DIE LINKE. im Rat der Stadt Eschweiler

Nicht gehaltene Haushaltsrede am 28.04.2010,

Tagesordnungspunkt Erlass der Haushaltssatzung 2010 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2013 abgesetzt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Haushalt ist der erste, bei dem DIE LINKE für die Menschen in Eschweiler mitwirkt. Und bis hierhin werden wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig sein, wir haben uns beileibe eine bessere Ausgangssituation gewünscht.

Ich sehe, dass in diesen Haushalt viel Zeit und Kraft investiert wurde.
Alle, Verwaltung und Politik, haben nach bestem Wissen und Gewissen hieran mitgearbeitet. Dafür gebührt Ihnen allen uneingeschränkter Dank.
Bei durchaus vorhandener Unterstützung in einzelnen Bereichen, werde ich den Haushalt in seiner Gesamtheit heute ablehnen. Lassen Sie mich dies erläutern.

Die Finanzausstattung der Kommunen ist unsicher wie nie. Nicht nur, weil die Wirtschaftskrise ein Einbrechen der Gewerbesteuereinnahmen mit sich gebracht hat. Nein, weil Bund und Land unbeholfen agieren und selbst nicht wissen, wo die Reise hingehen soll.

Dass das Ziel der Konnexitätsverantwortung bei vielen jetzt scheinbar zum politischen Allgemeingut geworden ist, freut mich, aber gewisse heuchlerische Züge sind dieser Zielübernahme nicht abzusprechen.

Die Hauptursache lag und liegt immer noch in der permanenten Zuweisung neuer Aufgaben an die Kommunen bei gleichzeitiger Reduzierung der Finanzzuwendungen. Die Steuermänner und -Frauen für diesen finanzpolitischen Kurs sitzen in Düsseldorf und Berlin und deren Parteikollegen in diesem Stadtrat sind gefordert Verantwortung zu übernehmen.

Es bringt überhaupt nichts jetzt über diese Krise zu lamentieren, weil die Bedingungen der unterschiedlichen Ebenen grundsätzlich verschieden sind. So haben Bund und Land ein breites Feld von Möglichkeiten, um die Einnahmesituation zu verbessern bzw. wie gerade aktuell sie zu verschlechtern.

Wir sehen unsere haushaltspolitische Verantwortung in dieser Situation vor allem darin, zu verhindern, dass in Bereichen mit nachhaltiger Wirkung und im sozialen Netzwerk Tabula rasa gemacht wird.

Nach der Lektüre dieses Haushaltes ist doch klar, dass die Finanzen an anderer Stelle saniert werden müssen, bevor die Anstrengungen, die wir hier alle unternehmen um kreative Lösungen zu finden tatsächlich auch greifen.
Die Umschichtung von Haushaltsgeldern wird nicht reichen und der Weg des Sparens ist im Ergebnis desaströs. Bei noch so viel Sparen und Nutzung von Synergieeffekten wird es uns nicht gelingen, einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen.
Wie viele HSK sollen noch aufgelegt werden?

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen einen starken Staat mit all seinen Ausgleichs- und Schutzfunktionen. Das Motto: Mehr Privat vor Staat ist ein Hohn insbesondere für ältere und kranke Menschen.

Wir fordern eine Wende in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch der bedarfsgerechte Ausbau der Personalstruktur auf allen Ebenen unserer öffentlichen Verwaltung, so auch in der Stadt.

Die Stadt und die stadteigenen Gesellschaften als Arbeitsstätte und Versorgungsbetriebe sind für viele Menschen selbst ein wichtiger stabilisierender Wirtschaftsfaktor in unserer Kommune.
Weniger Personal bedeutet eben nicht gleichzeitig weniger Arbeit.
Wer für Stellenkürzungen ist soll bitte auch gleichzeitig sagen, welche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden sollen.

Jede prekäre Beschäftigung, auch die in der Stadt, trägt zum Lohndumping bei und ist kontraproduktiv.
Ein Personalabbau ist nicht bedarfsgerecht und ist auch mit uns nicht durchzusetzen,.
Zu den sinnvollen Wirtschaftsförderungs- und Vergabebedingungen öffentlicher Aufträge gehört ein Kriterienkatalog der neben dem Umweltschutz insbesondere Tariftreue und Mindestlöhne beinhaltet.

Vor dem Hintergrund der weiter steigenden Schulden brauchen wir dringend eine Entschuldung der Kommunen und Entlastungen durch einen Finanzausgleich für die zusätzlich übertragenen Aufgaben.
Das Konjunkturpaket II ist sicher hilfreich zum Erhalt und dem Ausbau der Infrastruktur.
Weitere Transferleistungen an die Kommunen sind jedoch bitter notwendig.

Die Zahlen des Haushaltes 2010 werden im Wesentlichen von 4 Faktoren bestimmt:

1. Den Folgen von Steuerentscheidungen in Berlin und in Düsseldorf

2. Den Aufgabenverlagerungen von Bund und Land zu Lasten der Kommunen ohne Finanzausgleich

3. Den tief greifenden Verwerfungen in der Finanzwelt

4. Der Deregulierungspolitik mit allen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das sinkende Einkommen in privaten Haushalten sowie auch die zunehmenden Verunsicherungen für den Fortbestand der Beschäftigung.

Die Folgen sind steigende Bedürftigkeit von Bürgerinnen und Bürgern und ein Gemeinwesen, das seine Aufgaben nur unzureichend wahrnehmen kann.
Ein Streichkonzert im Haushalt wird dabei nicht weiterhelfen. Schon die weiteren Steigerungen der Sozialausgaben sind so nicht aufzufangen. Dadurch wird nur die Unkultur der Armut gefestigt.
Was wir brauchen, das ist ein Programm zum Wiederaufbau des Sozialstaates. Ein Programm, das Vertrauen schafft. Sowohl bei den Menschen, die soziale Engpässe erfahren wie auch beim Mittelstand.

Ohne eine grundlegende Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes und des Landes wird es keine Sanierung der kommunalen Haushalte geben können. Die hat bis heute nur dazu geführt, dass die kommunale Ebene finanziell ausblutet. Jedoch ist das kein Zufall, sondern hat System.

Dieses System beinhaltet, die Kommunen in einer Form finanziell zu ruinieren, dass alle möglichen Aufgaben privatisiert werden können. Mit der Folge, dass das Wohl der Bürger vom Gewinnstreben der Unternehmen abhängig gemacht wird. Das ist eine falsche Politik, die wir, DIE LINKE aufs schärfste ablehnen. Für uns steht der Mensch im Vordergrund. Sein Wohlergehen muss das Maß aller Dinge sein. Und deshalb sind mit uns weitere Privatisierungen nicht zu machen, wie sie als Risikosteuerung im Haushaltsentwurf definiert werden.

Wenn ich Eingangs davon sprach, dass Bund und Land ihren Erstattungsverpflichtungen gegenüber den Kommunen nicht nachkommen, so nimmt diese Handlungsweise den Städten und Gemeinden die Möglichkeit zur Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. D.h., dort, wo die Menschen leben, dort,

wo sich Politik unmittelbar in den unterschiedlichsten Bedürfnissen und Notwendigkeiten auswirkt, dort bleiben den Bürgern durch den Strang der Verschuldung keine tatsächlichen Entscheidungsmöglichkeiten mehr. Im Ergebnis führt das Verhalten von Bund und Land sogar zum Verfassungsbruch. Nicht nur, weil eine tatsächliche Kostenerstattung unterbleibt, sondern auch, weil über diese Hintertür der Weg zur faktischen Zentralisation des Staatswesens geschaffen wird.

Das faktische Verbot von „freiwilligen“, aber für die kommunale Bevölkerung sinnvollen Leistungen, ist auch verfassungswidrig. Zum einen darf man nicht dem Märchen aufsitzen, das „freiwillige Leistungen“ (wie z.B. Kulturausgaben und Jugendzentren) durchgängig mit verzichtbarem Luxus gleichsetzt. Zum zweiten führt dieses faktische Verbot nämlich dazu, dass die Kommunen noch mehr als bisher zu reinen Vollstreckern zentralstaatlicher Aufgaben degradiert werden, nachdem sie über lange Jahre in die Schuldenfalle getrieben worden sind. Das repressive Einschreiten der Kommunalaufsicht ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit und der falsche Weg und dementsprechend vollkommen inakzeptabel.

Machen wir uns nichts vor, was wir derzeit sehen, ist nur die Spitze des Eisberges. Hinzu kommt, dass in absehbarer Zeit Bund und Land ihre Politik gegenüber den Kommunen nicht ändern werden. Das bedeutet, wir müssen uns vorausschauend verhalten und diese Tatsache entbindet deshalb keine kommunale Ebene von der Verpflichtung zum verantwortlichen Sparen.

Liebe Ratsmitglieder, was soll der vorauseilende Gehorsam? Es existiert in NRW nicht einmal ein Ausführungsgesetz. Noch ist Zeit Verhandlungen mit Hilfe unserer Interessenverbände für eine Kommunenfreundliche Ausgestaltung des Landesgesetzes zu führen. Das erwarten wir auch!
Nicht dagegen Parteigehorsam. Genau aus diesem Grunde, um falsche Rücksichtnahme auf Parteifreunde in Bund und Land zu beenden, unterstützen wir die Forderung nach einer Klage zur Überprüfung der Finanzausstattung und stellten den entsprechenden Antrag. Unabhängige Gerichte müssen klären, ob die derzeitige Praxis der Unterausstattung der Kommunen und Kreise überhaupt noch mit dem Postulat der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar ist.

Aber auch hier ist Kritik angebracht: Eine kurze Information in einer interfraktionellen Runde ist nicht ausreichend. Solche grundlegenden Dinge bedürfen breiter politischer Unterstützung und dürfen nicht mal eben über eine Veränderungsliste eingebracht werden. „Friss oder stirb“ sollte nicht unser Umgang miteinander sein.
Eine reine Beratung über den Haushaltsplanentwurf ist schon lange nicht mehr ausreichend. Es ist notwendig, Entwicklungen ständig zu beobachten und zu diskutieren. Viele Einzelmaßnahmen fordern dabei einen größeren Beratungsbedarf heraus.
So ist keine der Maßnahmen, die zur Entschuldung immer wieder diskutiert werden, ein Allheilmittel. Neue Techniken können sich über die Energieeinsparung amortisieren. Personelle Ausweitungen können sinnvoll sein, wenn ihnen ein Einspareffekt oder eine Mehreinnahme gegenübersteht. Wir wollen einen kommunalen Haushalt nicht kaputt sparen!
Zudem fehlt es an vielen Stellen auch an Transparenz.

Wir bemerken darüber hinaus mit Bestürzung eine Tendenz, Maßnahmen nur unter finanziellen Gesichtspunkten zu bewerten. Wir werden uns vehement dagegen stellen, Maßnahmen zu ergreifen, nur weil es Fördermittel gibt. Diese Fördermittel sind Steuermittel! Solange wir von der Sinnhaftigkeit der Vorhaben nicht überzeugt sind, werden wir ihm unsere Zustimmung verweigern.

In den aktuellen Haushaltsdebatten werden von den jeweiligen Rathausmehrheiten neue Kürzungspakete aufgelegt. Das Innenministerium greift über die Kommunalaufsichten massiv ein und will einen verschärften Sparkurs, um ausgeglichene Kommunalhaushalte mit der Brechstange zu erzwingen. Diese

kommunale Schuldenkrise ist bei allen örtlichen Fehlentwicklungen, die zweifellos auch eine Rolle spielen, auch hier in Eschweiler, aber in erster Linie nicht hausgemacht.

Es ist vor allem die langjährige strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, bereits beklagt im HSK von 2005 – 2009.
Infolge dessen wurde auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung weitgehend ausgehöhlt. Eine Bundesregierung nach der anderen hat die Misere nicht beendet, sondern noch verschlimmert. Der jetzt aufgezwungene verschärfte Sparkurs ist ein weiterer schwerwiegender Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Er fordert entschlossenen Widerstand heraus.

Aus Angst vor dem »Sparkommissar« der Aufsichtsbehörden darf kein neues »Sparpaket« aufgelegt werden. Warum beugt sich die Mehrheit dem Diktat einer Behörde, anstatt die Proteste der Bürger aufzugreifen und für eine ausreichende Finanzausstattung zu demonstrieren?

Statt vor »Sachzwängen« zu kapitulieren, sollten wir Widerstand fördern. Wer die Kommunen entlasten will, »muss sich Geld von Großkonzernen, Banken und Milliardären holen«. Eine Befreiung von den Zinslasten öffnete der Stadt den Weg zurück in die kommunale Selbstverwaltung. Wer ein 480-Milliarden-Rettungspaket für Banken auflegen kann, dem muss ein Rettungspaket erst recht für Kommunen möglich sein. Sie sind weit mehr systemrelevant.

Wenn dem verschärften Sparkurs gegenüber den Kommunen kein massiver Widerstand entgegen gesetzt wird, droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen und -verschlechterungen für die breite Masse der Bevölkerung. Erhöhte Gebühren und Abgaben sowie weitere Privatisierungen eingeschlossen.

Was Banken und Konzernen zugeschanzt wird, darf den notleidenden Kommunen nicht verweigert werden.

Wir brauchen ein umfassendes Konjunkturprogramm**,** das vor allem die kommunale Ebene und die öffentliche Infrastruktur stärkt. Dazu gehören:

- die Entkoppelung der Fördergelder von finanziellen Eigenbeiträgen, insbesondere für finanzschwache Kommunen,

- Programme, die die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern und die sog. 1-Euro-Jobs abschaffen,

- Qualitäts- und Zielkriterien für die öffentliche Infrastruktur (v.a. die energetische Sanierung; Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger; die Sanierung und der Ausbau von Bildungseinrichtungen).

Über Jahre haben die Kommunen aus Geldnot notwendige Arbeiten an der Infrastruktur aufgeschoben. Dieser »Investitionsstau« taucht in keinem Haushalt auf. Eine Zeitbombe – etwa bei unterirdischen Leitungen –, die nicht immer auf den ersten Blick zu sehen ist und unaufhörlich tickt.

Als Ergebnis lassen Sie mich festhalten: So kann es nicht weitergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Albert Borchardt
Ratsmitglied
DIE LINKE. im Rat der Stadt Eschweiler

Mittwoch, 28. April 2010